

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Freitag, 26. Mai 2023 | Nr. 21 | 65. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Vorschau auf die Sommersession 2023 von *Therese Schläpfer*

Seite 2

Kanton Zürich

Erneuter Anlauf für Ausländerstimmrecht von *Christina Zurfluh*

Seite 3

Aktuell

Asylbewerber sollen bei Gemeindefürsorge mithelfen von *Patrick Walder*

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Gefährliches Stromfressergesetz von *Johann Widmer*

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

«Krisenzeit – wie weiter?» mit *Nina Fehr Düsel*

Seite 8

OECD-MINDESTSTEUER

JA zur Mindeststeuer für Grosskonzerne

Die Schweiz ist nicht verpflichtet, die OECD-Mindestbesteuerung zu übernehmen. Von einer Nichtübernahme würde aber niemand profitieren, denn die in der Schweiz ansässigen Multis würden einfach im Ausland zusätzlich besteuert. Die Vorlage zur Einführung einer Ergänzungssteuer zielt darauf ab, Stabilität im Steuersystem zu gewährleisten und das Steuersubstrat im Land zu halten, während KMU vom neuen System nicht betroffen sind.

Die Schweiz muss die neue OECD-Mindestbesteuerung nicht übernehmen. Es drohen weder eine schwarze Liste noch eine andere Form des Prangers. Womöglich wäre man im Ausland sogar da und dort froh, die Schweiz würde bei der Mindestbesteuerung nicht mitmachen. Dann hätte man eine Handhabe, um internationale, in der Schweiz tätige Unternehmen stärker zu besteuern.

Denn darum geht es bei diesem OECD-Projekt: Wenn ein Staat die Gewinne von Multis mit weniger als 15 Prozent besteuert, dürfen andere Staaten die Differenz bis zu dieser Mindestbesteuerung abschöpfen. Die Regelung gilt für internationale Grossunternehmen mit einem Umsatz von mindestens 750 Millionen Franken. Dennoch ist klar, dass die OECD-Mindestbesteuerung eine Herausforderung für den ganzen Wirtschaftsstandort Schweiz darstellt.

Steuersubstrat in der Schweiz halten

Der Bundesrat beschloss darum, die Mindestbesteuerung einzuführen, und die

Kantone unterstützen ihn dabei. Das Ergebnis ist die Vorlage, über die wir am 18. Juni abstimmen. Ihr Ziel ist es, für Stabilität zu sorgen und das heutige Steuersubstrat in der Schweiz zu halten – damit es hier abgeschöpft werden kann und nicht anderswo. Erreicht werden soll dieses Ziel mit einer neuen Ergänzungssteuer, mit der die Vorgaben an die Mindestbesteuerung erreicht werden. Mit der zügigen Anpassung des Steuersystems an die internationale Entwicklung kann die Schweiz den betroffenen Unternehmen Rechtssicherheit bieten. Sie müssen zwar insgesamt mit einer höheren Belastung rechnen. Diese bewegt sich indes in einem berechenbaren Rahmen, und zudem behalten die Firmen ihre hiesigen Ansprechpartner.

KMU nicht betroffen

Die Vorlage ist überdies zielgerichtet. Sie stellt sicher, dass nur grosse, internationale Unternehmensgruppen der Mindeststeuer unterliegen. Die KMU sind vom neuen System nicht betroffen. Da sie einen grossen Teil der Unternehmenslandschaft in der Schweiz ausmachen, ist dieser Grundsatz ein wesentlicher Garant unsere wirtschaftliche Stabilität. Er bedeutet auch, dass die Vorteile des interkantonalen Steuerwettbewerbs weitgehend erhalten bleiben.

Für viel Diskussion sorgte die Aufteilung der mutmasslichen Einnahmen

aus der Ergänzungssteuer. Wobei man hier anfügen muss: Was deren Höhen betrifft, herrscht grosse Unsicherheit. Wie werden die multinationalen Unternehmen auf die Reform reagieren? Werden sie ihre Organisationsstrukturen überdenken? Wir wissen es nicht. Klar ist: Die Zusatzerträge sollen im Verhältnis 1 zu 3 an den Bund und die Kantone fliessen. Diesen Schlüssel legten die eidgenössischen Räte fest. Er entspricht einem Kompromiss, den die Kantone in der Finanzdirektorenkonferenz ausgehandelt haben. Er führt auch dazu, dass drei Viertel der zusätzlichen Gelder im nationalen Finanzausgleich angerechnet werden. Das heisst: Von der Mindestbesteuerung profitieren nicht nur die Tiefsteuernkantone, deren Steuerbelastung heute deutlich unter 15 Prozent liegt. Dank des nationalen Finanzausgleichs haben auch die finanzschwächeren Kantone etwas davon.

Folgen für den Kanton Zürich schwer abschätzbar

Im Vergleich mit anderen Standorten wie Zug oder Basel ist es für Zürich noch schwerer abzuschätzen, ob und inwieweit der Kanton von der Mindestbesteuerung betroffen ist. Die ordentliche Gewinnsteuerbelastung liegt seit 2021 bei 19,7 Prozent. Nur in Einzelfällen unterschreitet die tatsächliche Belastung die Schwelle von 15 Prozent. Dies ist der Fall, wenn Unternehmen Abzüge gemäss Bundesgesetz über die



Die OECD-Mindeststeuer könnte dem Kanton Zürich Vorteile bringen.

Bild: <https://pxhere.com>

Steuerreform und die AHV-Finanzierung geltend machen können. Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft einzelne Firmen die Grenze unterschreiten, und auch das nur in gewissen Jahren. Das lässt sich jedoch nicht an einem Modell abschätzen. Die Finanzdirektion geht von geringen Mehreinnahmen aus, die zudem unregelmässig anfallen. Darum gibt es im Kanton Zürich auch keine Diskussion darüber, wofür mutmassliche Zusatzeinnahmen verwendet werden sollen. Es ergibt keinen Sinn, darüber zu reden, wenn noch unklar ist, ob und wenn JA, in welchem Umfang überhaupt zusätzliche Steuereinnahmen fliessen werden. Sicher ist: Wenn es zusätzliche Erträge gibt, werden auch die Städte und Gemeinden angemessen beteiligt. So verankertes ist das nationale Parlament in der Vorlage. Allgemein lässt sich festhalten, dass sich die Position unseres

Kantons tendenziell verbessert. Die Steuern verlieren als Standortfaktor für Grosskonzerne ein Stück weit an Bedeutung, der Abstand zu den Tiefsteuernkantonen wird kleiner. Andere Aspekte wie die Infrastruktur oder der Arbeitsmarkt werden wichtiger. Diese Trümpfe hat der Kanton Zürich seit je in der Hand.

Fazit: Die Bundesvorlage zur Einführung einer Ergänzungssteuer passt das Steuersystem zielgerichtet an die internationalen Entwicklungen an, und sie schafft für die betroffenen Unternehmen zügig Rechtssicherheit. Die Schweiz behält damit die Besteuerung der Grossunternehmen im Griff. Die Vorlage verdient darum ein überzeugtes JA.

Anm. d. Red.: Bitte beachten Sie auch die beiliegende Infobroschüre zur OECD-Mindeststeuer.



Ernst Stocker
Regierungsrat SVP
Wädenswil

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung
<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

romalinerogenmoser.ch

ROMAINE –
ERFRISCHEND
ANDERS

WIR HEISSEN SIE
GARANTIERTE
LUFT

Am 22. Oktober in den Nationalrat

SVP
Die Partei des Mittelstandes

Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig!

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle
Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66

SVP
Die Partei des Mittelstandes



Christoph Mörgeli

Messerstechen von Fall zu Fall

Was eine «Drohung» ist, wird gerne auf dem Marktplatz der Öffentlichkeit entschieden. Sowohl durch die Medien wie durch die Organe des Strafvollzugs. Doch leider richtet sich dieser Entscheid schön reinlich nach politischen Lagern. Was von links kommt, ist keine Drohung. Was von rechts kommt, ist mehr als eine Drohung. Nämlich eine öffentliche Bedrohung. Jedenfalls ganz sicher eine Straftat. Und damit ein Verstoß gegen unsere Gesetze. Inklusiv rechtskräftiger Verurteilung. Wie der «Sonntagsblick» berichtet, beurteilt die Staatsanwaltschaft folgenden Tweet der Grünen-Nationalrätin Meret Schneider nicht als Drohung: «Ah was, in Notwehr erstech' ich den Rimoldi auch mit dem Sackmesser.» Gemeint war Nicolas Rimoldi, Präsident des Referendumskomitees gegen das Covid-Gesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen. Eine Untersuchung gegen die grüne Politikerin über das angedrohte Erstechen mit dem Sackmesser wird gar nicht erst eröffnet. Meret ist aus dem Schneider.

Ganz anders handelten die Strafvollzugsorgane bei einem SVP-Inserat mit dem Text: «Kosovaren schlitzen Schweizer auf.» Dieses bezog sich auf einen konkreten Vorfall vom 15. August 2011, als in Interlaken zwei Schwinger-Freunde von zwei Kosovaren laut Augenzeugen aufs übelste beschimpft wurden. Als der zwölffache Kranzschwinger Kari Z. fragte, was das solle, griff einer der Kosovaren zum Messer und schlitze ihm die Kehle auf. Dieser nachweisliche Vorfall darf nicht beschrieben werden. Das Obergericht und schliesslich das Bundesgericht beurteilten den SVP-Text als Verstoß gegen das Rassendiskriminierungsgesetz. Man merke sich: Die Ankündigung einer Messerstecherei durch eine Linke ist keine Straftat. Die Beschreibung einer Messerstecherei durch die SVP ist eine Straftat. Man muss nicht das Gesetz kennen. Man muss die Richter kennen. Anastasius Grün sagte es dereinst so: «Manch Urteil ist ja längst beschlossen/Eh des Beklagten Wort geflossen.» Die Richter richten, damit sie nicht gerichtet werden. Doch weil die Gerichte regieren, gerät der Staat aus der Verfassung.

BLICK AUS BERN

Eine Vorschau auf die Sommersession 2023

Werden wir das Wahljahr in der Wandelhalle schon spüren? Verwandeln sich Parlamentarier oder wandelt sich das Abstimmungsverhalten? Wir diskutieren über das hochaktuelle Kriegsmaterialgesetz, Finanzen, drei Volksabstimmungen, ein paar Standesinitiativen und immer wiederkehrende Wünsche der Parlamentarier. Leider fällt auch der Frauenstreiktag in die Session. Dadurch wird er leider eine Portion Extra-Aufmerksamkeit bekommen.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Finanztechnisch wird uns der Verkehr beschäftigen. Es gilt, den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, den Verpflichtungskredit und die Änderung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassengesetz zu verhandeln. Dazu gilt es, eine Korridorstudie für die A2 nach Italien zur Kenntnis zu nehmen. Daneben soll auch ein Unterstützungsprogramm für die Ukraine geschaffen werden. Die Rechtsgrundlage über fünf Milliarden Franken soll für humanitäre Hilfe, Schutz der Zivilbevölkerung, Friedensförderung und Wiederaufbau erstellt werden. Linke und liberale Politiker wollen sich profilieren. Wer findet, das sei zu früh oder der Betrag sei zu hoch, zählt zu den Bösen.

Mehrere Volksinitiativen im Rat

Drei Volksinitiativen wollen behandelt werden. Bei jener der Kostenbremse der Krankenkassenprämien gibt es hinsichtlich des Gegenvorschlags noch Differenzen zum Ständerat. Entstanden

während der Corona-Zeit, will die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» einem Impf-Obligatorium vorbeugen. Die Diskussion wird, ebenso wie bei der Renteninitiative, fortgesetzt.

Dann gilt es noch, beim «Dringlichen Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft» die Differenzen zum Ständerat zu diskutieren. Elektronische Daten sind in der heutigen Zeit Gold und Geld wert. Deshalb soll die Sekundärnutzung von Daten in einem Rahmengesetz geregelt werden.

Kantonale Anliegen

Und wieder fordern Westschweizer Kantone eine angemessene Rückerstattung von Reserven der Krankenkassenprämien.

Eigentlich sollte auch den Kantonsregierungen klar sein, dass diese Reserven nach der Corona-Zeit am unteren gesetzlichen Limit angelangt sind. Wir können froh sein, dass man solchen Forderungen nicht vor der Pandemie nachgekommen ist.

Ostschweizer Kantone wollen Holzenergienutzung in der Landwirtschaftszone fördern, indem sie eine Änderung des Raumplanungsgesetzes anstreben.

Kantone und Gemeinden sollen die Bauten und Anlagen für die Produktion von Wärme bzw. Strom aus verholzter Biomasse in der Landwirtschaftszone bewilligen können. Ein sinnvoller Vorstoss zur Vereinfachung und Beschleunigung solcher Bauten.

Mehrere Jahresberichte von verschiedenen Delegationen werden ebenfalls zur Kenntnis genommen. Dazu gehören beispielsweise jene der OECD, der interparlamentarischen Union, der Versammlung der Frankophonie, der Parlamentarischen Versammlung der Nato und der Delegation für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten – was es nicht alles gibt, um Spesengelder zu beanspruchen.

SVP fordert ausserordentliche Session zu Migration

Dann soll endlich wieder die Debatte über die Abschaffung des Eigenmietwertes weitergeführt werden. Seit Jahren wird diese parlamentarische Initiative stiefmütterlich behandelt. Nun kommt sie vom Ständerat und wurde so stark mit möglichen Abzügen versehen, dass leider eine Ablehnung zu befürchten ist. Haben Sie schon einmal im Ausland versucht zu erklären, worum es hier geht? Das versteht eigentlich niemand.



Die Schweiz hat die Kontrolle über die Migrationspolitik verloren. Im Bild: Immigranten in Deutschland im Jahr 2015.

Bild: Wikipedia

VOLKSABSTIMMUNG VOM 18. JUNI 2023

Nein zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Glücklicherweise ist die Covid-19-Krise vorbei. Viele widersprüchliche und unnütze Massnahmen sind uns aber noch in bester Erinnerung. Sie waren teil-

weise unmenschlich und extrem weitreichend. Denken wir an einen sterbenden Angehörigen, welcher nicht mehr besucht werden durfte, ein Abschiednehmen war nicht möglich, er musste alleine sterben. Oder die Entzweiung von Familien wegen zu hoher Anzahl von Familienmitgliedern während der Weihnachtszeit. Schlimmer noch war der massive Druck auf die Bevölkerung, sich auch gegen den eigenen Willen impfen zu lassen. Die Massnahmen

gingen viel zu weit und blieben viel zu lange in Kraft.

Der Höhepunkt war die Einführung der Zertifikatspflicht und der 2G- und 3G-Regeln. Heute weiss man, dass sie wohl nichts zur Eindämmung des Virus beitrugen. Das Zertifikat führte zu grossem emotionalem und finanziellem Leid und spaltete Familien und Freundeskreise in «Gut» und «Böse». Für Auslandsreisen reicht der gelbe Impfausweis mit den eingetragenen Impfungen.

Der Bundesrat will nun das Covid-19-Gesetz unnötigerweise – vielleicht auf Vorrat – bis zum Sommer 2024 verlängern. Somit hätte er die Möglichkeit, jederzeit das Zertifikat wieder zu aktivieren. Das brauchen wir nicht! Selbst die WHO hat das Ende der Pandemie erklärt. Die kantonalen und eidgenössischen Delegierten haben an ihren Versammlungen die NEIN-Parole gefasst. Tun Sie es ihnen gleich und legen Sie ein NEIN in die Urne.

AUSSENPOLITIK

Ein konsequenter Entscheid

Eines muss man der Staatssekretärin Livia Leu Agosti, seit 2020 zuständig für die sogenannten Sondierungsgespräche für weitere Verhandlungen mit Brüssel, lassen: Sie handelt konsequent.

Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Offensichtlich hat die seinerzeit als «Löwin für Brüssel» bezeichnete Diplomatin eingesehen, dass sie mit den unklaren bundesrätlichen Zielsetzungen für die weitere Zusammenarbeit Schweiz –

EU nicht vorankommt und dass die «Eckpunkte», die sie dem Bundesrat unter Zeitdruck bis Ende Juni vorlegen soll, nicht realistisch sind – und dass Brüssel im Wesentlichen auf einer Neuauflage des inakzeptablen Rahmenvertrags beharrt.

Der entscheidende Satz

Es rächt sich nun, dass der damalige Bundespräsident Parmelin, als er in Brüssel den Verhandlungsabbruch über das untaugliche Rahmenabkommen

verkündete, den entscheidenden Satz nicht sagen durfte, weil der Bundesrat mehrheitlich dagegen war.

Der Satz hätte sinngemäss lauten müssen: «Die Schweiz ist bereit für weitere Verhandlungen. Als souveränes Land werden wir aber keine Abkommen unterzeichnen, welche uns verpflichten, EU-Recht automatisch (oder «dynamisch») zu übernehmen und den Europäischen Gerichtshof im Streitfall als oberste Instanz anzuerkennen.»

Der Bundesrat braucht eine Strategie

Und es rächt sich, dass der Bundesrat keine klare Strategie für die Verhandlungen mit der EU hat, insbesondere in den Bereichen Personenfreizügigkeit, Grenzkontrolle, Unionsbürgerrichtlinie. Denn eine Strategie ist gemäss Lexikon «ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels – unter Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können».

Der Bundesrat muss sich endlich zu einer klaren Verhandlungsstrategie durchringen, welche unsere Unabhängigkeit, unsere direkte Demokratie und unsere integrale Neutralität respektiert.

AUS DEM KANTONS RAT

Dritte Sitzung des Kantonsrats vom 22. Mai 2023

Auch dieses Jahr sprach der Kanton grosszügig Gelder für die Zürcher Kulturbetriebe – trotz ihres umstrittenen Programms. Die SVP blieb mit ihrer Kritik alleine. Und der x-te Vorstoss zur Einführung des Ausländerwahlrechts blieb auch diesmal erfolglos.



Daniela Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

An der heutigen Kantonsratssitzung wurden nur drei Geschäfte behandelt. In den Tag gestartet wurde mit dem Geschäft KR 5868 mit dem Titel «Beiträge aus dem Kulturfonds zugunsten der Städte Winterthur und Zürich für die grossen Kulturinstitutionen». Es ging um die finanzielle Unterstützung der grossen Kunstbetriebe, wie das Schauspielhaus Zürich oder das Theater Winterthur. Einmal pro Legislatur spricht die Regierung aus dem Kulturfonds Beiträge für diese Institutionen. Die Beiträge sind an gewisse Kriterien geknüpft. Die Regierung fordert für die Stadt Zürich Fr. 7,2 Mio. und für die Stadt Winterthur Fr. 6,9 Mio.

SVP mit Kritik an Kulturinstitutionen alleine

Aufgrund der kontroversen Diskussion über das Schauspielhaus und das Kunsthaus lehnt die SVP die Genehmigung

der Beiträge an die Institutionen der Stadt Zürich ab.

SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher begründete den Minderheitsantrag damit, dass zum Beispiel aufgrund des umfassenden Umbaus und der Instandstellung der Tonhalle per 2021 keine Notwendigkeit für zusätzliche finanzielle Beiträge in dieser Amtsperiode bestehe. «Die Stadt Zürich erhält zudem einen grossen Geldebtrag für den Zentrumslastenausgleich, der ebenfalls für diese Institutionen verwendet werden kann», so Burtscher. Dem SVP-Minderheitsantrag, dass der Stadt Zürich der Beitrag nicht genehmigt wird, wurde mit 120 zu 46 Stimmen abgelehnt, danach wurde das Geschäft mit 103 zu 64 angenommen.

Ausländerwahlrecht sorgt für Diskussionen

Weiter ging es mit Geschäften der Kommission für Staat und Gemeinden STGK. In einer parlamentarischen Initiative (KR 214a/2020) fordere die GLP, dass das Gemeindegesetz so geändert werde, dass Parlamente für einen begrenzten Zeitraum digitale Versammlungen durchführen können, sofern übergeordnetes Recht Präsenzsitzungen nicht er-



Das links-woke Programm des Schauspielhauses sorgte für Diskussionen.

Bild: Wikipedia

möglicht. Die PI wurde am 15. Juni 2020 eingereicht – direkt nach der ersten Covid-19-Welle. Es waren sich alle einig, dass es diese Änderung nicht mehr braucht, und so wurde die PI mit 163 zu 0 Stimmen abgelehnt. Am längsten und meisten zu reden gab das Geschäft KR 5727, «Für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer».

Die SVP-Sprecherin Christina Zurflüh berichtet im Kommentar ausführlich darüber.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Umstrittenes Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene



Christina Zurflüh
Kantonsrätin SVP
Wädenswil

Zum x-ten Mal versuchten die Linken, das Ausländerwahlrecht durchzusetzen. Sie erhoffen sich davon, eine permanente linke Mehrheit zu schaffen. Diesmal forderte der Stadtrat von Zürich eine Änderung der Kantonsverfassung, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländer mit mindestens zwei Jahren Wohnsitz einzuführen. Den Gemeinden sollte bei der Ausgestaltung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts ein gewisser Spielraum gewährt werden. Die Abwehr dieses Vorstosses gelang nur knapp.

Rechte und Pflichten sind unabdingbar miteinander verbunden. Wir sprechen hier auch von Pflichten wie dem Wehrpflicht, welche in der letzten Zeit wieder an Bedeutung gewonnen haben dürften. Sobald sich Ausländer einbürgern lassen, dürfen sie abstimmen und wählen. Aufgrund des Einbürgerungsprozesses verfügen sie über ein gewisses Grundverständnis für unser einzigartiges Politsystem. Die Hürde der Einbürgerung im Kanton Zürich ist, im Vergleich mit anderen Kantonen, eher tief angesetzt.

Ausländischen Wählern fehlen Grundkenntnisse

Wenn wir nun also diese Grundvoraussetzung der Einbürgerung abschaffen, fehlt den Wählern die ganzheitliche Betrachtungsweise: Sie kennen Zusammenhänge und Zürcher oder Schweizer Eigenheiten nicht oder ungenügend. Zudem kann es durchaus sein, dass sie nach ein paar Jahren wieder aus der Schweiz wegziehen. Sie würden also wählen und abstimmen, ohne allfällige Konsequenzen weiter- oder mitzutragen. Das erscheint uns nicht zielführend.

Wenn nun noch jede Gemeinde selbst entscheiden soll, ob sie diese Möglichkeit schaffen will oder nicht, entsteht nebst dem Aufwand ein Flickenteppich und Unverständnis in der Bevölkerung: Die eine Gemeinde führt das ein, eine angrenzende zum Beispiel nicht. Sollte zudem, im

Extremfall, über die Köpfe der Schweizer Bürger hinweg entschieden werden, ist sozialer Unfrieden vorprogrammiert.

Schwächung der Demokratie

Wenn unsere Demokratie gestärkt werden soll, dann bitte mit Personen, die über Kenntnisse der Schweizer Demokratie verfügen, die Grundwerte unserer Verfassung teilen und der deutschen Sprache mächtig sind. Gerade bei Abstimmungsunterlagen braucht es sehr oft mehr als eine Schlagzeilen-Lesebereitschaft. Gute Deutschkenntnisse sind also unabdingbar, und dies wäre bei einem solchen Vorgehen nicht gewährleistet.

Wir sind klar der Auffassung, dass ein solches Gesetz – im Stil von abstimmen wie «vote-to-go», ohne Commitment, somit ohne Bindung oder weiterführende Verpflichtung – im Kanton Zürich total fehl am Platz ist. Es werden falsche Zeichen gesetzt und nebenbei riesiger Aufwand verursacht.

Nur knappe Ablehnung – der nächste Vorstoss kommt bestimmt

Dank der SVP/EDU Fraktion wurde diese Initiative im Kantonsrat – äusserst knapp mit 84:82 Stimmen – abgelehnt. Dies nach einer flammenden Rede der Regierungsrätin Jacqueline Fehr, welche im Kantonsrat eigentlich die regierungsrätliche Sichtweise und Ablehnung darlegen sollte. Dabei war es offensichtlich, wie sehr ihr dieser Beschluss missfiel. So schmiss sie mit Statistiken und Zahlen um sich, welche belegen würden, wie tief doch die heutige Stimmbeteiligung sei und wie sehr wir doch auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen seien, welche notabene auch Steuern bezahlen würden. Es kämen schliesslich immer mehr Arbeitnehmer in die Schweiz und besonders in den Kanton Zürich, da in vielen Bereichen ein Fachkräftemangel herrsche.

Dies ist leider eine Tatsache. Immer mehr Menschen bedeutet aber auch immer mehr Landverbrauch, mehr Infrastruktur, mehr Schulen, und so weiter und so fort – ein Teufelskreis.

Und wie heisst es doch so treffend: «Die Lösungen von heute sind die Probleme von morgen» – so bin ich dankbar dafür, dass wir diese Scheinlösung eines Ausländerstimmrechts nochmals abwenden konnten.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Gender-Tag in Stäfa: SVP lädt Gemeindepräsident Christian Haltner zu einem öffentlichen Streitgespräch mit Nationalrat Roger Köppel ein

Die SVP Kanton Zürich weist die Anschuldigungen des durch FDP und SP dominierten Gemeinderats Stäfa entschieden zurück. Dieser unterstellte der SVP gestern in seiner Medienmitteilung, Hetze zu betreiben und für Drohungen gegen die Schule Stäfa verantwortlich zu sein. Um die Lage zu beruhigen, lädt die SVP den Stäfner Gemeindepräsidenten Christian Haltner zu einem öffentlichen Streitgespräch mit Nationalrat Roger Köppel ein.

Wir halten fest: Die SVP hat wiederholt und deutlich Drohungen gegen die Schule verurteilt.

Richtig ist: Die Einladung zum obligatorischen «Gender-Tag» wurde letzte Woche von besorgten Eltern und Einwohnern tausendfach in Chats und sozialen Medien verbreitet. Die SVP nahm die Sorgen der Bürger im Gegensatz zur Gemeinde ernst. Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, meint dazu: «Es war unsere Pflicht, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und auf diesen Missstand aufmerksam zu machen.»

Die SP, die jede bürgerliche Kritik stets als «Hetze» diffamiert, und ihre Unterstützer sind offenbar nicht in der Lage, zwischen Meinungsäusserung und kriminellem Verhalten zu unterscheiden. Wir verurteilen diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit und die Diffamierungen gegen SVP-Politiker mit aller Schärfe. Domenik Ledergerber sagt dazu: «Erst kürzlich wurde unsere neu gewählte Ständerätin Esther Friedli im Wahlkampf massiv bedroht. Sind dafür auch ihre politischen Gegner, die Linken, verantwortlich oder einigen wir uns darauf, dass Rhetorik, auch scharfe, nie zur Rechtfertigung von Gewalt dienen darf?»

Es bestehen inzwischen berechtigte Zweifel an der Behauptung der Gemeinde, der «Gender-Day» sei gesetzeskonform. Nach dem Programm, das der SVP vorliegt, sollte an dem Tag «Fachwissen zum Thema Gender» vermittelt und offen über «Geschlechtsidentität» diskutiert werden. Die Indoktrinierung der Kinder mit der radikalen und unwissenschaftlichen Gender-Ideologie

deckt sich in keiner Weise mit dem Lehrplan 21 und verstösst gegen die politische Neutralität der Schule.

Die SVP Kanton Zürich nimmt das Thema Gender und die Sorgen der Eltern sehr ernst und steht für eine sachliche Diskussion jederzeit zur Verfügung. Statt neutral und transparent zu informieren, zieht es die Gemeinde Stäfa offenbar vor, weiter Öl ins Feuer zu giessen. Fakt ist: Die Gemeinde Stäfa nimmt ihre Aufsichtsfunktion über die Schule und die Sorgen der Eltern im Umgang mit dem Thema Gender offensichtlich nicht wahr. Deshalb hat die SVP Kanton Zürich heute den Gemeindepräsidenten Christian Haltner zu einem Streitgespräch mit Roger Köppel eingeladen.

Die SVP wird die Situation in Stäfa und anderen Gemeinden, wo die politische Neutralität der Schule verletzt wird, weiterhin verfolgen und behält sich politische Schritte vor.

Die Schulen sind für die Bevölkerung da und kein Vehikel links-woker Ideologie.

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Qualität der Medien

«Wenn etwas gratis ist, bist du das Produkt.» Diesen Spruch hört man immer wieder einmal im Zusammenhang mit kostenlosen Medien. Doch daran ist viel Wahres. Nehmen wir zum Beispiel die Zeitung «20 Minuten», welche immerhin als wichtigste Quelle zur politischen Meinungsbildung identifiziert wurde. Die Zeitung verdient ihr Geld mit Werbung. Im Prinzip verkauft das Unternehmen die Aufmerksamkeit und die Zeit der Leser an ihre Werbekunden.

Die Folge davon: Publiziert wird so, dass möglichst viele Artikel angeklickt werden. Geschwindigkeit zählt mehr als Korrektheit und Titel sind möglichst reisserisch. Ob der Artikel im

Titel gut repräsentiert wird, ist erstmal zweitrangig.

Dies alles könnte man insbesondere den Gratiszeitungen nun vorwerfen, doch damit würden wir zu kurz greifen. Schlussendlich spielt auch hier der Markt. Es wird so produziert, weil es Geld einbringt.

Geld bringt das System aber nur ein, weil die Zeitung gelesen wird. Die Schuld an der teils miesen Qualität mancher grosser Medien tragen am Ende wir alle als Konsumenten. Wenn wir uns wirklich bessere Medien wünschen, müssen wir bessere Medien konsumieren.

Doch auch hier bezahlen wir einen Preis, vielleicht sogar mehrfach. Diese

Medien kosten häufig Geld, entweder im Abonnement oder allenfalls auch durch Menschen, die ein Medium freiwillig finanziell unterstützen. Es kostet uns allenfalls Zeit, weil gut recherchierte und ausgewogene Artikel oft länger und komplexer sind als die Artikel in Gratiszeitungen. Zuletzt sollten wir manchmal aber auch etwas mehr Geduld haben. Wir drängen die Medien dazu, möglichst schnell zu sein, weil wir die schnellen Medien bevorzugen.

Mit etwas mehr Geduld könnten wir besseren und inhaltlich korrekteren Informationen den Vorzug geben und so langfristig wohl auch dazu beitragen, dass es mehr davon gibt.

KORRIGENDUM

Bei der Bearbeitung des Kommentars von Barbara Grüter durch die Redaktion hat sich letzte Woche ein Fehler eingeschlichen. Geschrieben stand, dass digitale Baugesuche auch auf anderem Weg eingereicht werden können. Richtig ist: Nur die qualifizierte

elektronische Unterschrift (QES) kann auch auf anderem Weg eingereicht werden.

Baugesuche müssen jedoch digital eingereicht werden.

Wir entschuldigen uns für den Fehler.



von
Sandro Strässle

schliesslich in Form von Audioformaten wie Podcasts, die man auch im Auto oder fast überall nebenbei hören kann. Schlussendlich bin ich überzeugt, dass der Konsum von Medien mit höherer Qualität uns nicht nur bessere Medien bringt, sondern uns auch zu besseren Parteivertretern macht.

SVP KÜSNACHT

Kurzweilige GV der SVP Küsnacht mit neuen Köpfen



Ehregast Mauro Tuena umkrant von den Vorstandsmitgliedern der SVP Küsnacht.

Bild: ZVG

An der kürzlich abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung der SVP Küsnacht wurde der neue Vorstand abgesehnet. Nicolas Bandle ist nach wie vor Präsident der SVP Küsnacht. Mik Schollenberger gibt das Amt des Vizepräsidenten an Christian Jäger ab, bleibt dem Vorstand aber erhalten.

York-Peter Meyer wird vom erweiterten Vorstand in den Vorstand wechseln und neu ist im Vorstand auch unser jüngstes Mitglied Zinedine Najid mit von der Partie. Das Amt des Kas-

siers bleibt bei Gianni Platz, und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel und Lilly Otth bleiben ebenfalls im Vorstand. Ein tatkräftiges Team.

Als Ehregast war Nationalrat Mauro Tuena eingeladen, der ein Referat über die sicherheitspolitischen Themen in Bern hielt. Verwaltungsratspräsident Rolf Dörig durften wir als Neumitglied begrüßen, was uns eine grosse Ehre ist.

Es gab auch zwei Kurzreferate von Nina Fehr Düsel aus dem Kantonsrat,

unter anderem zur Anti-Chaoten-Initiative und zum Gegenvorschlag des Regierungsrates sowie von Gemeinderat Adrian von Burg zu kommunalen Themen wie der geplanten Tobelbrücke: Schliesslich wurden alle aufgerufen, Lilly Otth im Juni als Gemeinderätin zu wählen und dafür Werbung zu machen, und im Herbst dann für Nina Fehr Düsel in den Nationalrat.

Es folgte ein gemütliches Beisammensein bei Ghacktem mit Hörnli und vielen witzigen Gesprächen.

MEDIENMITTEILUNG VOM 22. MAI 2023

SVP Wetzikon setzt Belohnung zur Überführung von Plakatvandalen aus

Die SVP Wetzikon sieht sich leider einmal mehr, dieses Mal aber sehr intensiv, mit Plakatvandalismus konfrontiert. Im 24-Stunden-Rhythmus werden Abstimmungsplakate und deren Befestigungen mutwillig zerstört. Armdicke Holzpfosten werden gewaltsam geknickt und Plakate unbrauchbar gemacht. Der Vandalismus der antidemokratischen Chaoten trifft nebst den Hohlkammer-

plakaten unserer Ortssektion auch geklebte APG-Plakate, welche am Bahnhof Wetzikon heruntergerissen wurden. Da der Bahnhof Wetzikon videoüberwacht ist, sind wir zuversichtlich, dass zumindest die Täterschaft, welche dort gewütet hat, bald ihrer gerechten Strafe zugeführt wird. Der aktuelle Abstimmungskampf zum Stromfressergesetz scheint bei einigen Gegnern primitiv-

te Reflexe zu wecken. Jegliches Demokratieverständnis und jeglicher Anstand scheint in manchen Kreisen verloren gegangen zu sein.

Dem Vandalentum muss unbedingt Einhalt geboten werden. Die SVP Wetzikon hat deshalb Strafanzeige eingereicht und wird die Verantwortlichen im Rahmen des Möglichen zur Rechenschaft ziehen. Zudem erwägt die Partei weitergehende Schutzmassnahmen an neutralen Standorten. Die Suche nach den Vandalen überlässt die SVP aber der Polizei.

Die SVP Wetzikon geht davon aus, dass auch die Bevölkerung – unabhängig von der politischen Gesinnung jedes Einzelnen – den Verfall des demokratischen Diskurses nicht gutheisst und mit helfen will, dem um sich greifenden Vandalismus ein Ende zu setzen. Deshalb setzt die SVP Wetzikon eine Belohnung von Fr. 1000.– für sachdienliche Hinweise aus, die zur Überführung der Plakatvandalen führen.



Ein trauriger Anblick: zerstörte Stromfresser-Plakate am Bahnhof Wetzikon.



Bild: ZVG

SVP RUSSIKON

SVP Russikon fasst Parolen für die Gemeindeversammlung vom 12. Juni

An der kürzlich durchgeführten Generalversammlung konnte Präsident Hans Aeschlimann die beiden Referenten Kantonsrat und Bezirkspräsident Paul von Euw und Gemeinderat Raphael Alder, Finanz- und Liegenschaftsvorstand, begrüßen. Ausserdem wollte Gemeindepräsident Philip Hirsiger den Puls der Partei fühlen.

Der Abend begann mit einem feinen Imbiss im Landgasthof zur Krone. Nach einer kurzen Standortbestimmung zur Weltlage, in der der Präsident besonders auf die ungebremste Zuwanderung hinwies, schloss er seine Einleitung mit der Bemerkung «Wir sind zu viele Menschen in der Schweiz und wir sind zu viele Menschen auf der Kugel.»

Anschliessend folgten die statutarischen Traktanden der Generalversammlung. In seinem Jahresbericht erwähnte der Präsident die Gemeindevahlen vom vergangenen Jahr. Ein weiterer Hö-

hepunkt des Parteijahres war die Herbstparty im Schützenhaus, wo er ausser dem Ehregast Hans-Peter Amrein zahlreiche weitere prominente Politiker wie Christoph Mörgeli und den amtierenden Bundesrat Ueli Maurer und viele Gäste begrüßen durfte.

Gemeinderat Raphael Alder referierte über die Jahresrechnung 2022 und die Sanierung der Gemeindegemeinschaft Dorfstrasse 16, Russikon.

Zu den Geschäften der Gemeindeversammlung wurden die Parolen zur Jahresrechnung 2022 und zur Sanierung der Liegenschaft Dorfstrasse mit Einstimmigkeit gefasst.

In Abwesenheit des zuständigen Gemeinderats Stefan Fehr stellte Schulpräsident David Goldschmid die Strassensanierung Balmwiesen-/Lettenstrasse vor. Diese war nicht umstritten, aber eine Einstimmigkeit ist nicht zu vermelden. Bei den eidgenössischen Vor-

lagen folgte man den Parolen der SVP Schweiz. Zum Abschluss referierte Kantonsrat Paul von Euw zur «Neuen Energiestrategie (Windkraft wie weiter)». Es entstand ein intensiver Meinungsaustausch. Für seine Kandidatur als Nationalrat im Herbst wünschen wir Paul von Euw viel Erfolg!



Kantonsrat Paul von Euw referierte über die Energiestrategie. Bild: ZVG

SVP OETWIL AM SEE

Generalversammlung der SVP Oetwil am See bringt Wechsel im Vorstand

An der 100. Generalversammlung der SVP Oetwil am See konnte Präsident Eugen Hunziker eine grosse Anzahl Mitglieder und Gäste im Landgasthof Sternen begrüssen.

Ein besonderer Willkommensgruss galt Bezirkspartei-Präsident Dubi Sinovic, alt Kantonsrätin Theres Weber und alt Kantonsrat Hans-Peter Amrein. Das Jubiläum war keines, denn Recherchen haben zutage gefördert, dass in Oetwil bereits 1919 die erste Versammlung stattfand. Somit wird dann eben 2024 das 105. Vereinsjahr etwas gewürdigt werden.

Nach dem Wegzug auf die andere Seeseite der bisherigen Vorstandsmitglieder Diana Engelland und Christian

Hartl konnte der Vorstand mit Manfred Zuber und Dominik Schlumpf ergänzt werden. Die übrigen Geschäfte wurden einstimmig genehmigt, so auch die Revision der Statuten. Im Jahresprogramm 2023 werden wiederum die Nationalfeier und der Puurezmorge vom 3. September bei Erich Schärer durchgeführt.

Als Gast referierte die neue Kantonsrätin Marion Matter über ihren Werdegang bis zu den höchst umstrittenen geplanten Windrädern und zur bevorstehenden Abstimmung zum Klimaschutzgesetz (Stromfressergesetz).

Eugen Hunziker,
Präsident SVP Oetwil am See

SVP SENIOREN

Politische Rundfahrt

Nur fröhliche Gesichter! Der Verein für aktive Senioren lud zur Generalversammlung und einer Rundfahrt auf der MS «Wadin» im unteren Zürichseebecken. Viele Mitglieder und Gäste

sind gekommen – zur Freude der Vorstandsmitglieder Eugen Hunziker, Katrin Widmer und Hans Egloff (Präsident), mit dem Referenten Nationalrat Gregor Rutz.



v.l.n.r. Eugen Hunziker, Gregor Rutz, Katrin Widmer, Hans Egloff.

Bild: ZVG



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

MEDIENMITTEILUNG DES ÜBERPARTEILICHEN KOMITEES «TSCHÜSS GENDERSTERN!»

Zürich stimmt über Genderstern in der Stadtverwaltung ab

Seit Juni 2022 verwenden der Zürcher Stadtrat und die Stadtverwaltung den Genderstern. Jetzt kann die Stadtzürcher Bevölkerung über den Genderstern an der Urne abstimmen: Heute reicht ein überparteiliches Komitee die Initiative «Tschüss Genderstern!» ein.

Die Initiative «Tschüss Genderstern!» hat zum Ziel, die Stadtverwaltung Zürich vom Genderstern zu befreien. «Die Unterschriftensammlung hat uns gezeigt: Viele Zürcherinnen und Zürcher sind unzufrieden und ungehalten darüber, dass der Stadtrat auf diese Weise

in die Sprache eingreift», so Initiantin Susanne Brunner, «es gärt in der Bevölkerung.» Hartmuth Attenhofer, Mitglied im Initiativkomitee, sagt: «Gendersprache exkludiert. Sie exkludiert Menschen mit Behinderung, Menschen mit Leseschwäche, Menschen am Anfang ihrer Lesefähigkeit und jene am Ende ihrer Lesefähigkeit. Der genderistischen Schreibung fällt mehr als ein Viertel der Bevölkerung zum Opfer.» «Die Stadtbehörden wären verpflichtet, eine klare und einfache Sprache zu verwenden. Mit dem Genderstern tun sie das nicht,

kritisiert Benedikt Gerth vom Initiativkomitee.

Und Markus Hungerbühler, ebenfalls Komiteemitglied, sagt: «Sprache gehört allen, nicht allein dem Zürcher Stadtrat. Er darf Sprache nicht als politisches Instrument missbrauchen. Er spaltet damit die Gesellschaft.»

Das überparteiliche Komitee reicht heute 3802 Unterschriften ein (notwendig: 3000 Unterschriften). Die Initiative ermöglicht die erste Volksabstimmung über die Gendersprache in der Schweiz.

ASYLWESEN

Asylbewerber sollen sinnvolle Arbeiten für die Gemeinde leisten

Die SVP/EDU-Fraktion hat am 15. Mai 2023 die Motion «Beteiligung von Asylsuchenden am Gemeinwohl» eingereicht. Das Ziel der Motion ist, das geltende Recht dahingehend anzupassen, dass Personen im Asylbereich unentgeltlich zur Arbeit zu Gunsten des Gemeinwohls verpflichtet werden können.



Patrick Walder
Kantonsrat SVP
Dübendorf

Der Asylbereich verschlingt jährlich wiederkehrend Milliarden an Staatsgeldern. Während es tatsächlich an Leib und Leben Bedrohte gibt, suchen immer mehr reine Wirtschaftsflüchtlinge unser Land heim. In aller Regel erhalten viele von ihnen trotz abgelehntem Asylge-

such zumindest den Status F (vorläufig Aufgenommene), weil sich ihre Heimatländer weigern, ihre eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen. Es ist sinnvoll und zwingend, wenn Asylbewerber zur Minderung der durch sie verursachten Kosten für die Gemeinschaft arbeiten, ohne für diese Arbeit zusätzliche Gelder zu erhalten.

Die SVP/EDU-Fraktion schlägt in der Motion verschiedene Arbeiten für die Asylbewerber in Bereichen vor, welche in der Regel durch den Staat erbracht werden. Dazu gehören Mithilfe bei der Beseitigung von Abfällen, bei der Be-

seitigung von Sprayereien an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum, bei Unterhalt und Pflege von staatlichen Grünanlagen, bei der Schneeräumung auf staatlichem Grund, in Spitälern und Alters- und Pflegeheimen oder bei der Betreuung von Asylbewerbern. Die Fraktion hofft nun, dass die Motion dem Regierungsrat zur Ausarbeitung der Gesetzesänderungen überwiesen wird, sodass die Gesetzesgrundlagen dahingehend geändert werden, dass Personen im Asylbereich ihren unentgeltlichen Beitrag an das Gemeinwohl leisten müssen.



Asylbewerber sollen sinnvolle Aufgaben für die Gemeinde übernehmen, wie zum Beispiel die Schneeräumung. Bild: Pixabay

FALL STÄFA

Fake News



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die Medien – von Blick bis NZZ – kritisierten daraufhin nicht die Unhaltbarkeit des Briefes an die Schüler, sondern den «Überbringer der schlechten Nachricht».

Ich wollte diesen Fall im Detail auf die Wahrheit überprüfen. Insbesondere den Vorwurf, Nationalrat Glarner habe den Namen der zuständigen Sozialarbeiterin samt Telefonnummer bekanntgegeben und an den Pranger gestellt. Jetzt stelle ich fest: Glarner hat diesen standardisierten Brief im Original bekanntgemacht, und in diesem Brief werden der Name der Sozialarbeiterin und ihre Telefonnummer schwarz auf weiss bekanntgegeben.

Wir konsumieren täglich Nachrichten, ohne dass wir den Wahrheitsgehalt überprüfen können. Manchmal nehme ich mir die Zeit, um eine Tatsache abzuklären. Neuestes Beispiel: Die Schule Stäfa weist Schulklassen darauf hin, dass ein «Gender-Tag» stattfinden wird. Darin heisst es «Schüler*innen», an «Mädchen*» und «Jungen*». Eine solche Schreibweise ist weder in der Zürcher Kantonsverwaltung noch in der Bundesverwaltung zulässig. Ebenso befremdlich war das auf dem Brief angebrachte Gender-Symbol für die «nonbinäre» Geschlechterzuordnung.

Besorgte Eltern sandten diesen Brief an Politiker, mit der Aufforderung, zum Rechten zu sehen. Wie andere stellte Nationalrat Glarner den «Gender-Brief» online und kritisierte ihn zu Recht.

Dann geht die vereinigte Hetze mit diesen Fake News gegen den Aargauer Politiker weiter im Zürcher Kantonsrat. Ich las ich die Tamedia-Online-Berichterstattung über die Verhandlungen. Eine Mitte-Politikerin beschimpfte Glarner als «Brandstifter». Weiter hiess es im Bericht: «Zürcher SVP distanzierte sich von Glarner und Köppel.» Doch von einer solchen Distanzierung war nichts zu finden. Wieder Fake News. Wie vielen anderen sitzen wir auf, ohne es zu merken?



Der «Gender-Tag» in Stäfa sorgt weiterhin für Aufregung. Noch sind nicht alle Details geklärt. Bild: Wikipedia

SVP Züri 11

Besichtigung Flughafen Zürich am Samstag 10. Juni 2023 mit anschliessendem Apéro

Treffpunkt Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Treffpunkt 2
Pass / ID Sie müssen einen Pass oder eine Identitätskarte mitführen
Gut zu Fuss Bei der Besichtigung müssen die Teilnehmer gut zu Fuss sein
Tiere Tiere dürfen nicht auf die Besichtigung mitgenommen werden
Wer Mitglieder der SVP Zürich 11, Parteifreunde/-Innen
Kosten der Anlass ist für Sie kostenlos
Anmeldung bis spätestens 31. Mai 2023 bei peter.schick@bluewin.ch
Die Teilnehmerzahl ist beschränkt

Ablauf:

09.15	Besammlung Treffpunkt 2
09.45	Einführung Flugbetrieb
09.55	Start und Landungen aus der Nähe
10.15	Blick ins Gelände der Pistenverlängerung und Naturschutzgebiet
11.00	Erläuterungen zur Flughafenentwicklung, Bauprojekte und Nachhaltigkeitsstrategie
11.40	Rückweg zu Fuss / mit der Skymetro ins Airside Center
12.00	Ende der Tour mit anschliessendem Apéro riche

SVP SVP Russikon

Lädt ein zum

Feierabendbier und Wurst in die ehemaligen Sauerstofffabrik beim TCS Parkplatz Bläsimühle

Datum: Freitag, 9. Juni 2023 ab 17:30 Uhr

Programm unter der Leitung der militärhistorischen Gesellschaft des Kantons Zürich:

- Anlagenbesichtigung
- Film und Informationen über die Grenzbrigade 6

Anreise:
Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bis Haltestelle Bläsimühle
Russikon, Gemeindehaus ab, Bus 825 17:13 / 17:34 / 18:13 / 18:34
Bläsimühle ab Richtung Russikon, Bus 825 19:38 / 20:38 / 21:38

oder mit dem Auto zum TCS Parkplatz Bläsimühle

Anmeldung erwünscht mit QR-Code auf der Webseite oder 079 458 05 19, Hans Loeliger

www.svp-russikon.ch

Noch mehr bezahlen?

So stimmen Sie richtig für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung:

NEIN zum Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!

NEIN zu Mehrkosten von 6'600 Franken pro Person/Jahr!

NEIN zur Verschandelung der gesamten Schweiz!

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) annehmen?

NEIN

Stromfresser-Gesetz Bundesgesetz KIG

Mit einer Spende auf IBAN CH83 0023 8557 0001Y unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Herzlichen Dank für Ihr Engagement.
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern www.stromfresser-gesetz-nein.ch

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Eine der gefährlichsten Abstimmungsvorlagen

Am 18. Juni stimmen wir über das sogenannte Klimagesetz ab. In Wahrheit ist es aber ein Stromfressergesetz. Es ist eine der gefährlichsten Abstimmungsvorlagen, die unser Land je gesehen hat. Die Klima-Hysteriker wollen mit dem Gesetz faktisch Benzin, Diesel, Gas und Heizöl verbieten. Damit sollen wir vor dem «Weltuntergang» gerettet werden. Die Realität ist: Die fossilen Energieträger machen 60 Prozent unseres Energieverbrauchs aus. Der vollständige Umbau unserer Energieversorgung allein auf Strom kostet 387 Milliarden Franken. Dies hat eine wissenschaftliche Studie errechnet. Und was ändert sich am globalen Klima? Nichts, rein gar nichts. Die Schweiz ist verantwortlich für 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses. Wir sollen also 387 Milliarden Franken vernichten und bekommen rein gar nichts dafür. Es ist ein Irrsinn sondergleichen. Mit dem gefährlichen Stromfressergesetz wird Strom zur Mangelware. Blackouts und Stromrationalisierungen werden Lebensqualität, Arbeitsplätze und Wohlstand im grossen Ausmass vernichten. Ohne sichere Energieversorgung bricht alles zusammen. Pro Person und Jahr werden wir bis zu 6600 Franken mehr für die Energie bezahlen müssen, hat eine ETH-Studie errechnet. Das können sich viele Familien nicht leisten. Und nochmals: All unser Leid wird überhaupt keine Auswirkung auf das globale Klima haben. Warum aber wollen manche Politiker trotzdem so dringend dieses gefährliche Stromfressergesetz?

Es geht den Linken und Grünen nur ums Geld. Öko-Beratungsfirmen und andere Profiteure reiben sich gierig die Hände über die Hunderten Milliarden Franken, die die «Energiewende» verteilen lässt. Bezahlen soll alles der einfache Bürger. Es ist eine Umverteilung vom werktätigen Mittelstand zur links-akademischen Elite. Wer noch unsicher in seinem Abstimmungsverhalten ist, soll nach Deutschland schauen. Auch dort ist die «Energiewende» brutal gescheitert. Bis 2025 wird der linksgrüne Irrsinn bereits 500 Milliarden Euro vernichtet haben. Wir Schweizer sind gut beraten, nicht die gleichen Fehler zu machen. Wir können die Abstimmung gewinnen. Dafür müssen wir als SVP jedoch ausserordentlich stark mobilisieren. Die Abstimmungskurven sind diese Woche eingetroffen. Bitte senden Sie Ihren Freunden und Bekannten eine WhatsApp-Nachricht. Mobilisieren Sie Ihre Nachbarn. Stellen Sie sicher, dass alle Familienmitglieder an der Abstimmung teilnehmen. Am 18. Juni NEIN zum gefährlichen Stromfressergesetz (sogenanntes Klimagesetz)!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Äusserst gefährliches Stromfressergesetz

Die linksgrüne Mehrheit im Gemeinderat verschleudert in ihrem Klima-Wahn Milliarden an Steuergeldern für unnütze und teure Klimaprojekte. Bei Annahme des Stromfressergesetzes droht eine weitere Welle an schädlichen Projekten und Zwangsmassnahmen. Vom staatlichen «Geldregen» profitieren wird die linksgrüne Öko-Vetterliwirtschaft.



Johann Widmer, Willi Korrodi und Christoph Marty (v.l.n.r.) an einer Standaktion in Zürich

Bild: ZVG



Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Der linksgrüne Gemeinderat in Zürich macht es schon lange vor, wie man mit Steuergeldern Projekte finanziert, die nur mit dem Klima-Wahn begründet werden können und nichts nützen. Unnützlich, weil die Stadt Zürich im Verhältnis zur Menge des weltweiten CO₂-Ausstosses nur einen marginalen Beitrag leistet.

Wird das Stimmvolk am 18. Juni 2023 das Stromfressergesetz annehmen, dann wird die Anzahl der sinnlosen Projekte in der Stadt Zürich massiv zunehmen. Dies wird eine Verteuerung der Strompreise zur Folge haben und es werden Milliarden an städtischen Steuergeldern verschwendet.

Politisch abgesegnete Verschleuderung

Für die vom Volk beschlossenen «2000-Watt-Beiträge», «Energieberatungen», «Förderung erneuerbarer Energien», «Energieeffizienzprojekte» zahlt jeder Haushalt in Zürich bereits 4.45 Rappen/kWh. Diese 4.45 Rappen betragen je nach Stromtarif zwischen 15% und 30% der Energiekosten.

Für sogenannte Hitzeminderungs-massnahmen hat der Gemeinderat von Zürich 130 Millionen bewilligt. Eine Liste der konkreten Massnahmen fehlt bis heute – es ist zu befürchten, dass damit die Öko-Vetterliwirtschaft bedient wird, um allerlei unsinnige und wirkungslose Projekte und Beratungen durchzuführen.

Für die Umsetzung einer «Photovoltaik-Strategie» werden bis 2030 bereits einige Milliarden Franken budgetiert. Es ist aber völlig unklar, wie diese «Strategie» konkret aussehen soll. Gemäss einem Plan des Stadtrates kann man in

der Stadt Zürich gar nicht so viele Solarprojekte realisieren.

Dies, weil die Renovationszyklen der Gebäude zu berücksichtigen sind, die Ausrichtung gegen Süden oft nicht gegeben ist oder die Statik des Gebäudes oder des Daches keine Solaranlage abstützen kann.

Dem Volk wird nicht die ganze Wahrheit gesagt

Die Kosten und andere Konsequenzen des neuen Energie-Gesetzes werden dem Volk verschwiegen. Die Strategie der «Salamitaktik» ermöglicht es, langsam und schleichend das Ziel der linksgrünen Politiker zu erreichen: ein Verbot von Erdöl und Erdgas bis ins Jahr 2040 oder 2050 (je nach Quelle) und die Errichtung einer «Klimadiktatur».

Diese Folgen werden nicht bekannt gemacht und wenn der Verfasser an der Standaktion darauf aufmerksam macht, dann wird er als «Hetzer» und «Spinner» betitelt.

Die «Lösung» der Linksgrünen sind der rasche Ausbau der Solarenergie und Zwangsmassnahmen wie zum Beispiel die Verschrottung noch guter Öl- und Gasheizungen. Bis ins Jahr 2040 müssen sie 50000 Fussballfelder mit Solarzellen zapflastern – das wäre die Fläche, die benötigt würde, um den Verkehr und die Heizungen zu elektrifizieren (bei 0% Zuwanderung!).

Dieses unrealistische Ansinnen ist ein Angriff auf die energetische Versorgungssicherheit und somit auf unseren Wohlstand und unsere Industrie. Was die Grünen auch nicht beantworten können: Woher kaufen wir die Solarzellen? Zudem: Der Strom aus Solarzellen muss zwischengespeichert werden – woher nehmen wir die 10 Millionen Tonnen Li-Ionen-Batterien zu Kosten von etwa 500 Milliarden CHF? Noch schlimmer sind die Windenergieanlagen: Es sollen 250 m hohe Windräder in die Wälder gestellt werden. Man müsste etwa 200 bis 600 solcher Anlagen erstellen. Für jede Anlage muss man für den Bau und die spätere Wartung der Anlage eine nicht rückbaubare Autobahn in die Wälder bauen und eine riesige Fläche des Waldes roden!

Die Grünen opfern die Umwelt dem Klima-Wahn

Rechnet man alle Träume der Grünen genau nach, so wird rasch klar, dass wir im Jahr 2050 nicht genug elektrische Energie haben werden. Der Wald ist zerstört.

Die Artenvielfalt leidet. Vögel und Fledermäuse sind dezimiert. Die Alpentäler sind verschandelt. Es erstaunt, wie rasch die Grünen alle ihre Umweltschutzziele über Bord werfen, nur wegen des Klima-Wahns!

Und das alles begann mit der 2000-Watt-Ideologie, dem CO₂-Wahn, dem Stromfressergesetz. Weitere Gesetze und Zwangsmassnahmen werden folgen – auch in der Stadt Zürich.

Deshalb legen Sie am 18. Juni ein wichtiges NEIN in die Urne!

AUS DEM WINTERTHURER STADTPARLAMENT

Verantwortungslosigkeit in Stadtparlament und im Stadtrat

Offenbar gehören das Mitmachen an unbewilligten Demonstrationen und der Aufruf zum Rechtsbruch für Behördenmitglieder in Winterthur bereits zum guten Ton. Als ob die linken Parteien nicht sowieso durchregieren könnten.



Christian Hartmann
Fraktionspräsident SVP
Winterthur

Die SVP Winterthur ist erschüttert, dass Mitglieder von Behörden der Stadt Winterthur das Recht brechen und zum Rechtsbruch aufrufen oder diesen zumindest wohlwollend anregen. Da ist zum einen AL-Stadtparlamentarier Roman Hugentobler. Gemäss «Landbote» wurde er an der unbewilligten Demonstration im Stadtpark von der Polizei eingekesselt. Dies zusammen mit Kollegen, die sich mit Hut, Kapuze und Sonnenbrille in der Anonymität zu tarnen versuchten. Wahrscheinlich ist das denn auch diese Klientel, der sich Hugentobler im Parlament verpflichtet fühlt, wenn er seine Voten mit dem Ziel der Schwächung der Polizei hält.

Es soll ja niemand beim «Spielen» stören. Die SVP bedankt sich dagegen bei den Polizistinnen und Polizisten, welche, statt am Sonntag am Familientisch zu sitzen, in Winterthur das Recht durchgesetzt haben.

Linke Sympathien für Gesetzesbrecher

Und da ist zum anderen SP-Stadträtin Christa Meier. In einer Kolumne in der «Winterthurer Zeitung» zeigt sie sehr viel Wohlwollen für die Klimakleber vor dem Gotthardtunnel. Sie schwad-

roniert dabei von «Verantwortungsträgern» und meint damit jene, welche den Verkehr blockieren.

Sie zieht Parallelen zu ihren eigenen Protesten gegen das Apartheidsregime in Südafrika und gegen die Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat. Sie übersieht dabei einen entscheidenden Unterschied: Diese Proteste haben sich im legalen Rahmen bewegt. Bei ihrem indirekten Aufruf zum

Rechtsbruch geht Meier raffinierter vor als Hugentobler. Sie bleibt immer sorgfältig knapp im Rahmen des Nichtstrafbaren: Sie begrüss, dass sich Jugendliche empören, findet diese Empörung gerechtfertigt und macht sich gleichzeitig über die Empörung der Leute im Stau lustig. Und selbstverständlich, findet Christa Meier, verändert die Empörung Jugendlicher die Welt zum Guten. Man darf davon aus-

gehen, dass Jugendliche dies als Aufruf zum Strassenblockieren verstehen. Die SVP findet die Kolumne von Meier verantwortungslos.

Es überrascht nicht, dass ein SP-Mitglied des Stadtrats seine Schwerpunkte bei anderen Themen setzt, als die SVP dies tun würde. Aber die SVP ist der Ansicht, dass – mit Ausnahme der AL – die Einhaltung von Recht und Ordnung für alle Parteien in Winterthur die Basis ihres Handelns darstellt. Und das erwartet die SVP auch von Christa Meier.



Auch in Winterthur sind gewalttätige Linksextreme aktiv. Bild: Krawalle am G-20-Gipfel in Hamburg 2017.

Bild: Robert Anders, Flickr

VERLUST DER SPRACHE DURCH «VERBOTENE» WÖRTER

Meinungsterror einer Minderheit

In einer Umfrage wollte die Tamedia wissen, wie die Bevölkerung mit «heiklen» Wörtern umgeht. Das linke Medium ist enttäuscht. Es interessiert die Leute schlicht nicht.

RW. Von «sprachsensibel» spricht die Umfrage. Als ob dies per se ein Wert wäre, wenn man solche Wörter unterdrücken will. Man kann auch mit einer gehörigen Portion Sprachbewusstsein genau solche Wörter verwenden.

Woker Sprachgebrauch

Das Medium schreibt, dass auch als diskriminierend geltende Ausdrücke wie «Mohrenkopf» noch (!) fest im Sprachgebrauch verankert seien. Das Wörtchen «noch» zeigt allzu deutlich, wohin die Verfechter des woken Sprachgebrauchs hinzielen. Sie vollziehen einen eigentlichen Meinungsterror gegen eine Mehrheit, die nichts von Sprachverboten wissen will.

Zu empfehlen ist, vermehrt diese «Stoppwörter» zu benutzen, um ein gesundes Sprachbewusstsein ohne Zensur zu fördern. Es gibt keinen Grund, weshalb man plötzlich nicht mehr «Krankenschwester», «Zigeuner», «Asylanten» oder «Eskimo» sagen sollte. Die abenteuerlichen Begründungen einer angeblich für unsere Gesellschaft notwendigen Sprachsensibilität sind nur noch absurd.

Keine Verengung des Sagbaren

Leider gibt es auch jene, die meinen, das alles sei doch kein Problem. Wir hätten wahrhaft wichtigere Fragen zu lösen.

Das mag zwar sein. Aber wenn der Meinungskorridor, das Sagbare, zunehmend enger wird, dann hat eine freie Schweiz ihren Sinn verloren. Dann sind wir nur noch ein globalistisches Anhängsel, das sich freudig «sprachsensibel» nennt, jedoch die eigene Sprache für immer verloren hat.

LESERBRIEF ZUM ARTIKEL «DEN MOLOCH STAAT EINDÄMMEN» VON JÜRIG SULSER AM 19. MAI

Exorbitante Bundesgehälter

Geschätzter Herr Sulser, Sie scheinen punkto Durchschnittsgehältern der aktuell 40 000 Beamten in Bundesbern (Anfang 2021 waren es noch 37 000; ergo wurde in nur 2 Jahren um 3000 Stellen aufgestockt) die am 6. Februar in von «20 Minuten» publizierte Statistik noch nicht gelesen zu haben, denn inzwischen beträgt deren monatlicher Durchschnittslohn exorbitante CHF 14 000.–. Notabene plus Spitzen-PK, Privat-KK-Prämien übers Rentenalter hinaus, Gratis-ÖV, usw. Dies sind gegenüber dem Median von CHF 6780.– für selbständigerwerbende und angestellte Steuerzahler der KMU über 50% mehr! Dabei geht es nicht um eine Neiddebatte, aber der Bund tritt damit als Konkurrent der Privatwirtschaft auf, welche es sich nicht leisten kann, Gehälter in solcher Höhe ausbezahlen.

Jean-Pierre Reinle, Schinznach-Bad

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Ihr Immobilientraum?

www.immobilienraum.info

aktuell im Verkauf

<p>3 Rebweg 8457 Humlikon</p>  <p>ab CHF 1'640'000.-</p> <p>6½ Zi. Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.rebweg.ch</p>	<p>4 Hofacker 8311 Brütten</p>  <p>ab CHF 1'650'000.-</p> <p>4½ Zi. Reihen-EFH's +41 52 338 07 09 www.hofacker-bruetten.ch</p>	<p>5 Trottenacker 8458 Dorf</p>  <p>ab CHF 715'000.-</p> <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.trottenacker.info</p>	<p>7 Uetliblick 8136 Thalwil-Gattikon</p>  <p>ab CHF 1'641'000.-</p> <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.uetliblick-gattikon.ch</p>	<p>8 Vistadelsole 8370 Sirmach</p>  <p>CHF 733'000.-</p> <p>4½ Zi.-Wohnung +41 52 338 07 09 www.vistadelsole.ch</p>
<p>12 Schlossblick 8610 Uster</p>  <p>ab CHF 1'101'000.-</p> <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 44 316 13 42 www.schlossblick.ch</p>	<p>14 Glattwies 8152 Glattbrugg</p>  <p>CHF 1'554'000.-</p> <p>4½ Zi.-Wohnung +41 44 316 13 87 www.glattwies.ch</p>	<p>16 Vistacasa 8308 Illnau</p>  <p>ab CHF 1'145'000.-</p> <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.vistacasa.ch</p>	<p>18 Schmiedgass 8545 Rickenbach</p>  <p>ab CHF 715'000.-</p> <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnung +41 55 610 47 46 www.schmiedgass.ch</p>	<p>20 Tre Fiori 8913 Ottenbach</p>  <p>CHF 1'851'000.-</p> <p>7½ Zi. Reihen-EFH +41 55 610 47 46 www.tre-fiori.ch</p>
<p>„Haben Sie ein Grundstück, auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?“</p> <p>Melden Sie sich bei mir. ulrich.koller@lerchpartner.ch +41 52 235 80 00</p> 		<p>22 Solevista 8615 Wermatswil</p>  <p>CHF 2'187'500.-</p> <p>4½ Zi.-Wohnung +41 44 316 13 42 www.solevista.ch</p>	<p>23 Dreieckspitz 8406 Winterthur</p>  <p>CHF 1'551'000.-</p> <p>3½/4½ Zi. Dach-Wohnung +41 55 610 47 46 www.dreieckspitz.ch</p>	<p>Projektankündigungen</p> <p>1 am Goldberg 8400 Winterthur</p>  <p>3½ - 4½ Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amgoldberg.ch</p>

<p>2 Römergarten 8404 Winterthur</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilienraum.info</p>	<p>6 Duovivo 8904 Aesch ZH</p>  <p>2½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.duovivo.ch</p>	<p>9 Chridlerpark 8127 Aesch-Maur</p>  <p>Liegt seit 18 Monaten beim Bundesgericht!!!</p> <p>3½ - 6½ Zi. WHG und EFH +41 55 610 47 46 www.chridlerpark.ch</p>	<p>10 am Zentrum 8910 Affoltern a.A.</p>  <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amzentrum.ch</p>	<p>11 am Eichacher 8904 Aesch</p>  <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.ameichacher.ch</p>
<p>13 Soley 8309 Birchwil</p>  <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.soley-birchwil.ch</p>	<p>15 Puro Vivere 8157 Dielsdorf</p>  <p>5½ Zi. Reihen-Doppel-EFH's +41 55 610 47 46 www.purovivere.ch</p>	<p>17 inside 8152 Glattbrugg</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilienraum.info</p>	<p>19 Projektankündigung 8404 Stadel</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Whg. und EFH +41 52 338 07 09 www.immobilienraum.info</p>	<p>21 Grastal 8310 Grafstal</p>  <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.grastal.ch</p>

Jetzt Newsletter abonnieren!



Heute schon happy im Job!? Wir suchen eine/n Hochbautechniker/in EFZ Architektur oder Architekt/in

Hast du Lust in unserem jungen und motivierten Planungsteam zu arbeiten? Dann bewirb dich unter workbylepa.ch

padelarena.ch

Lerch & Partner GENERALUNTERNEHMUNG AG
Zürcherstrasse 124
8406 Winterthur

[f](https://www.facebook.com/lerchpartner) [i](https://www.instagram.com/lerchpartner) [y](https://www.youtube.com/lerchpartner) [in](https://www.linkedin.com/company/lerchpartner)

Stand Mai 2023



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier»

Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen: mobilitaetsinitiative-zh.ch



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

sowie den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber. Anmeldung durch Bezahlung von Fr. 60.–/Person (Apéro und trockenes Gedeck) auf IBAN CH25 0900 0000 8005 21490.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, beim SPAR mini, Kirchgasse 1, Russikon.

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS Parkplatz Bläsimühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 Uhr, Standaktion, Gemeindehausplatz, Neftenbach, mit den Kantonsräten Tobias Weidmann und Urs Wegmann.

Stadt Zürich
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 – 13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Enge, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 27. Mai 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Zentrum Witikon, Zürich.

Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Kirche Fluntern, Zürich.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 27. Mai 2023, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, A-Park, Zürich-Albisrieden.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 – 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzensseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

Freitag, 27. Oktober 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Beat Oppliger, Kommandant Stadtpolizei Zürich. Thema: Herausforderungen in der grössten Stadt der Schweiz.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 26. Mai 2023, 19.00 Uhr, Höck, Barfly'z, Gotthardstrasse 21, Zürich. Anmeldung an vontobel@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 9. Juni 2023, 18.00 Uhr, Apéro ab 17.30 Uhr, Podium zum Thema «Geopolitik & Versorgungssicherheit der Zukunft», aki, katholische Hochschulgemeinde, Hirschengraben 86, Zürich, u.a. mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Samstag, 24. Juni 2023, 12.45 Uhr, Generalversammlung PIKOM, Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, Aarau, mit Referat von Nationalrat Benjamin Giezendanner. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 – 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant Vis-à-Vis, Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamedinge, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindsaal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023 – Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Dietikon/Aesch
Donnerstag, 1. Juni 2023, 20.15 Uhr, Stamm zu Dorfthemen, Gemeindehaus, Dorfstrasse 3, Aesch, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Meilen
Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.00 Uhr, Grillabend mit Peter Pfändler, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit den Nationalräten Thomas Matter und Gregor Rutz

SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch